



HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2010

*Dem
Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
überwiesen*

Berichts Antrag der Abg. Angela Dorn und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion betreffend nationales Stipendienprogramm-Gesetz

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über folgenden Gegenstand zu berichten:

Die Bundesregierung plant die Einführung eines von Bund, Ländern und Privaten finanzierten nationalen Stipendienprogramms (NaStipG). Der Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) liegt vor. Die Stipendien in Höhe von 300 € sollen je zur Hälfte aus privaten und öffentlichen Mitteln aufgebracht, der öffentliche Anteil von 150 € jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden. Das Gesetz soll nach dem aktuellen Zeitplan im Juni 2010 im Bundestag in zweiter und dritter Lesung beschlossen werden, Anfang Juli 2010 im Bundesrat behandelt werden und dann zum Wintersemester 2010/2011 in Kraft treten.

Die geplante Einführung eines nationalen Stipendienprogramms ist umstritten, weil befürchtet wird, dass ein solches Stipendienprogramm vor allem junge Menschen aus besser gestellten, bildungsnahen Familien fördern wird und damit keinen Beitrag zur sozialen Öffnung der Hochschulen leistet. Schon heute kommen 72 v.H. der Stipendiatinnen und Stipendiaten aus einkommensstarken Familien mit akademischem Hintergrund. Um die Chancengerechtigkeit des Bildungssystems zu erhöhen, wäre es daher dringend geboten, insbesondere diejenigen zu fördern, die nicht durch ihre Familie unterstützt werden können. Zu diesem Ergebnis kommt auch erneut die jüngst veröffentlichte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass das geplante nationale Stipendienprogramm der Anforderung einer sozialen Öffnung der Hochschulen nachkommt, und plant sie, dem Programm im Bundesrat zuzustimmen?
2. Was tut die Landesregierung derzeit, um mehr junge Menschen - insbesondere aus bildungsfernen Schichten - für ein Studium zu motivieren?
3. Hält die Landesregierung es bildungspolitisch für richtig, dass die Stipendien des geplanten nationalen Stipendienprogramms vor allem nach Begabung und Leistung vergeben werden sollen, statt auch den sozialen Hintergrund der Studierenden einzubeziehen?
4. Welche Alternativen oder Ergänzungen zum vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht die Landesregierung, um die angestrebten Ziele zu erreichen:
 - a) Mehr Studierenden ein Stipendium zu ermöglichen?
 - b) Mehr Private zur Finanzierung von Stipendien zu bewegen?
 - c) Die öffentlichen Mittel gezielt für die Förderung von bildungsfernen und bedürftigen Studierenden einzusetzen?
 - d) Mehr Studierenden die Angst vor hoher Verschuldung am Ende ihres Studiums zu nehmen?

5. Mit welchen Beträgen wird die Landesregierung die Komplementärfinanzierung für das nationale Stipendienprogramm sicherstellen und sind in der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2011 bereits eigene Mittel für das nationalen Stipendienprogramm enthalten?
6. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Haushaltsausgaben des Landes jeweils in den Jahren 2010, 2011, 2012 und 2013 ein (bitte die Mittel für die Stipendien und für den Vollzugsaufwand getrennt ausweisen)?
7. Wird die Landesregierung den nicht unerheblichen Mehraufwand der Hochschulen für die Umsetzung des nationalen Stipendienprogramms durch höhere Zuweisungen finanziell ausgleichen?
8. Wird die Landesregierung die Hochschulen bei der Umsetzung des geplanten Gesetzes, beispielsweise durch die Vorgabe gewünschter Auswahlkriterien und -modalitäten, unterstützen?
9. Für wie realistisch hält die Landesregierung es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, dass die Hälfte der Mittel für das Stipendienprogramm durch Private aufgebracht werden kann?
10. Welchen Einbezug bzw. welche Inpflichtnahme der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände hält die Landesregierung im Rahmen des nationalen Stipendienprogramms für erforderlich und befürchtet sie regionale Unterschiede in Hessen?
11. Wird die Landesregierung die regionalen Unterschiede, die durch die eventuell unterschiedliche Beteiligung der Wirtschaft an den einzelnen Hochschulstandorten entstehend könnte, ausgleichen?
12. Wird die Landesregierung die Unterschiede, die durch die eventuell unterschiedliche Beteiligung der Wirtschaft an den einzelnen Studienrichtungen bzw. -fächern entstehen könnte, ausgleichen?

Wiesbaden, 26. April 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir

Angela Dorn
Sarah Sorge